



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

aus, wie ichs anschau, und es glänzt. Jetzt seht, was ist das, sage ich zum Apotheker und reichs ihm hinüber. Der siehts eine Weile an, wiegts auf den Fingern und giebt's dann dem Uhrmacher. Merkwürdig, sagt er, mir scheint, das ist — Gold ist's, ohne Zweifel! sagt der Uhrmacher, der die Brille hinauf geschoben hat und das kleine Klümpchen aufmerksam betrachtet. Wo habt Ihr denn das gefunden? — Da in meinem Schuh jetzt eben, sag ich, aber dabei ist mirs den Rücken kalt hinuntergeriesel't, denn mein Traum ist mir plötzlich wieder klar vor der Seele gestanden. — —

Wie er fertig ist, mit Erzählen, der Lange, und ich ihn verduzt anschau, langt er sein Geldtäschlein hervor, machts auf und nimmt ein gelbglänzendes Klümpchen heraus und zeigt mirs. Da sehen Sie, sagt er. Es ist Gold. Gediegenes Gold!

Ich nehme es in die Hand — es wog ganz schwer.

Und wo das war, da ist mehr, sagt der Lange. Aber wer findet es? Ich hab Ihnen die Sache nur erzählt, weil ich weiß, Sie sagen es niemand weiter. Wenn ich nur das wüßte, was ich dem Männle hätte sagen sollen. Das rechte Wort! Wenn das dem alten Knechtlein wieder einfiele! Ich meine schon, ich muß noch einmal hinauf!

Damit thut er das Klümpchen wieder in sein Täschchen, schaut mich an und streicht sich den Bart. Dann steht er auf und geht nach der Thür. Ich will ihn noch fragen, wo er die Geschichte erlebt hat, denn auf die Berge da herum paßt die Beschreibung nicht. Aber da ist er schon hinaus. Ich warte eine Weile und frage dann die Benz, wie sie hereinkommt, wo denn der Herr geblieben sei, der da gefessen habe.

Fort, sagt sie, ist er gangen. War halt ein Fremder. Ein Maler wird's gewesen sein. Kommt immer so einer und malt droben die Berge ab.

Nun weiß ich nicht, hat ers erlebt, oder hats ihm nur geträumt, oder hat er mir was vorgelegen.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Gastfreundlicher Willkomm. Ein Zufall weht uns folgenden Entwurf eines Begrüßungsartikels auf den Schreibtisch, den offiziöse Federn aus Anlaß des demnächst bevorstehenden Besuchs Ihrer höchst gnadenreichen großbritannischen Majestät in Deutschland für das Leiborgan des Reichskanzlers zurecht gemacht haben. „Ihre Majestät, heißt es da, kann in Deutschland stets einer herzlichsten Aufnahme sicher sein, zunächst als Großmutter unsers Kaisers, dann als Freundin und Verbündete Deutschlands. Zwar haben es die Deutschen von jeher mit dem salischen Gesetz gehalten und den Frauen in öffentlichen Angelegenheiten keine entscheidende Stimme eingeräumt. Dennoch steht auch bei uns die politische Weisheit der Großmütter, Schwiegermütter und Tanten im höchsten Ansehen, gern und willig leihen

ihr bei uns Fürsten und Staatsmänner ihr Ohr. Die Bedingungen, die der Krone für ihr Wirken in Deutschland gegeben sind, unterscheiden sich freilich sehr wesentlich von denen, die in England gelten. Zu der selbstlosen Weisheit oder zu der weisen Selbstlosigkeit, zu allem gläubig Ja und Amen zu sagen, was die von der Nation präsentirten Minister Ihrer großbritannischen Majestät nur immer vorschlagen, hat sich die Monarchie in Deutschland noch nicht hindurchgerungen. Das rückständige deutsche Staatsrecht kennt noch ein eignes Recht und deshalb auch eine Pflicht des Herrschers, auch an seinem Teile über das Wohl der Deutschen nachzudenken und es nach seinem besten Vermögen zu fördern. Als Beherrscherin Großbritanniens und Kaiserin von Indien wird Ihre Majestät und werden Hochbero treugeborne Unterthanen auch bei uns nach der Art der Beziehungen abgeschätzt werden, die sie zu Deutschland unterhalten. Bisher glaubte man, englische Minister, gleichviel aus welcher Partei sie hervorgegangen seien, hegten keinen sehnlichern Wunsch, als sich aus der Haut der dummen Deutschen Kiemen zu schneiden, nachdem sie mit einigen käppischen und tölpelhaften Komplimenten ihr Herz gerührt hätten. Jetzt aber weiß auch bei uns jedermann, daß die Haupt- und Kardinalinteressen beider Staaten durchaus dieselben sind. Deutschland hat den dringenden Wunsch, von dem Ballast seiner Kolonien befreit zu werden, und England ist großmütig genug, sie uns für ein Billiges abzunehmen. Und giebt es wohl dringendere Lebensinteressen für Deutschland, als daß das Pamirplateau von den nach den indischen Besitzungen Ihrer Majestät vorstrebenden Russen niemals überschritten werde, oder daß in Siam die Union Jack stets einige Zoll höher wehe als die französische Tricolore? Es würde deshalb allen logischen Voraussetzungen zuwiderlaufen, wenn Deutschland und England nicht allezeit und überall verbündet blieben. Ein Freund sollte deshalb auch des Freundes Schwächen ertragen lernen. Mit Bedauern glauben wir sagen zu müssen, daß Ihrer Majestät Regierung in den letzten zwei Jahrhunderten nicht immer daran festgehalten hat. Ja man muß sagen, daß die Minister Ihrer Majestät und Ihrer erlauchten Vorgänger ohne Unterschied der eignen Parteistellung immer eine stark betonte Neigung zu diplomatischen Unverschämtheiten gegen Deutschland haben hervortreten lassen. Die deutsche Politik war während dieser Zeit, wir gestehen es, meist hilflos und schwachmütig. Wir Deutschen verehren gerade deshalb den Fürsten Bismarck, weil er ihr Rückgrat ein wenig gestärkt hat, und wir sind schon recht gelehrige Schüler seiner Strategie geworden, Freunde unsrer Freunde, Feinde unsrer Feinde zu sein, vor allem aber die Nationen mit dem äußersten Argwohn zu betrachten, die sich mit leeren Händen und hohlem Pathos als seine großmütterlich besorgten Freunde aufspielen. Es fehlt deshalb in Deutschland nicht an Stimmen, die ein Zusammengehen mit Frankreich, dessen Gefühle ja auch Ihrer Majestät Minister jederzeit aufs ängstlichste zu schonen bemüht sind, für vorteilhafter halten, als sich an platonischen Liebesbeteuerungen von jenseit des Kanals zu berauschen. Während ihres Besuchs in Deutschland wird Ihre Majestät Gelegenheit haben, sich über die öffentliche Meinung Deutschlands aufs genaueste zu unterrichten. Sie wird finden, daß es nicht die schlechtesten und nicht die thörichtesten Deutschen sind, die den leidigen Zwiespalt mit unserm westlichen Nachbar deshalb so schwer bedauern, weil er Ihrer Majestät Politik eine so schöne Gelegenheit giebt, auf Kosten der festländischen Mächte in kolonialen und andern untergeordneten Fragen im Trüben zu fischen. Ihre Majestät wird weiter finden, daß wir zwar aufrichtige Bewunderer des englischen Schuhwerks, des Frock-Coat und des Lawn-Tennisflannels geworden sind, daß wir aber ganz und gar keine Lust mehr verspüren, um der schönen Augen Ihrer indischen Majestät willen auch ferner unsre Haut für sie

und Höchstbero Untertanen zu Markte zu tragen. Die Deutschen erinnern sich gerade jetzt einiger vor fünf und zwanzig Jahren bestandnen Kämpfe, bei denen sie mehr brave Söhne auf der Wahlstatt liegen gelassen haben, als Ihre Majestät beim Schall ihrer Werbetrommel überhaupt nur an Soldaten aufzubringen vermag. Sie können nicht ganz vergessen, daß sich gerade während jener blutigen Tage die Sympathien unsrer englischen Bettern überwiegend auf der Seite unsrer Feinde befanden, wenn sie sich auch nur in einem schwunghaften Handel mit Pappsohlen nach der Normandie erschöpften. Wenn Ihre Majestät sich mit diesen und ähnlichen Stimmungen der Deutschen vertraut macht — und ihrem Scharfblick dürfte nicht entgangen sein, daß die Deutschen inzwischen eine Nation geworden sind —, so kann das dem Einvernehmen beider Staaten nur frommen. Vielleicht bestimmt sie, wenn sie in politischen Dingen überhaupt eine Meinung zu äußern wagen darf, ihre Minister, Samoa zu räumen, die Walfischbai, Sansibar, Wituland und einige andre in deutsches Fleisch gerammte Pfähle herauszugeben, die Buren als unsre Freunde zu respektiren, panafrikanischen und sonstigen Träumen der über die Wogen des Weltalls herrschenden Britannia zu entsagen und dergleichen mehr. Wenn das geschehen sein wird und die englischen Staatsmänner zugleich gelernt haben werden, gegen eine große Nation und gegen ihr als Gast bei ihnen weilendes Oberhaupt eine etwas achtungsvollere Sprache zu führen, dann kann es vielleicht kommen, daß eines Tages auch Deutschland, wiewohl nach genauester, selbstsüchtigster Prüfung des Für und Wider, erwägen wird, ob es nicht seinen liebevollen englischen Bettern bei der einen oder andern ihrer mancherlei kleinen Bedrängnisse auf dem Erdball gefällig sein könnte.“

Das sozialdemokratische Agrarprogramm. Der Frankfurter Parteitag der Sozialdemokraten hatte der Agrarkommission den Auftrag erteilt: „dem nächsten Parteitag Vorschläge vorzulegen“ in Beziehung auf die Agrarfrage. Dieser Auftrag, meint Kautsky in Nr. 44 der Neuen Zeit, sei nicht sehr präzise gewesen. Zu seiner Lösung hätten der Kommission die verschiedensten Wege offen gestanden, namentlich aber zwei. Sie konnte zu ihrer Aufgabe rechnen „die Feststellung der tatsächlichen Verhältnisse auf dem flachen Lande, die Untersuchung der Entwicklung der Landwirtschaft während der letzten Jahrzehnte und der sozialen Verschiebungen, die daraus entsprangen. Die allgemeinen Tendenzen dieser Entwicklung sind ja bekannt, nicht aber die besondern Erscheinungsformen, die sie in den verschiedenen Teilen Deutschlands unter dem Einfluß der verschiedenen historischen Vorbedingungen daselbst angenommen haben, und doch ist deren Verständnis eine unumgängliche Vorbedingung für jede Partei, die eine praktische Wirksamkeit auf dem flachen Lande entfalten will. Dieses Verständnis zu fördern, wäre die Agrarkommission wohl imstande gewesen. Sie konnte das gesamte umfangreiche Material über die Agrarfrage, das in amtlichen Enquêtes und statistischen Aufnahmen, sowie in Monographien einzelner Forscher zerstreut ist, sammeln und dessen Verarbeitng durch sachkundige Genossen veranlassen; auf diese Weise hätte ein Werk von größter Bedeutung entstehen können, eine feste Grundlage der Wirksamkeit unsrer Partei unter der Landbevölkerung.“ Oder die Kommission konnte untersuchen, „ob die ökonomische Entwicklung auf dem Lande der Sozialdemokratie nicht die Verpflichtung auferlegt, bestimmte Forderungen an den Staat zu stellen, und sie hatte diese Forderungen zu formuliren.“

Diesen zweiten Weg hat nun die Kommission eingeschlagen, und zwar hat sie die zu Gunsten der ärmern oder vermeintlich bedrängten landwirtschaftlichen Be-

völkerung aufgestellten Forderungen in den zweiten Teil des Parteiprogramms „hineingearbeitet.“ Am 16. Juli ist dieser so erweiterte Teil des Programms in Nr. 163 des Vorwärts erschienen; die neuen Zusätze sind durch fetten Druck hervorgehoben. Es wird darin gefordert: „Errichtung ausreichender gewerblicher und landwirtschaftlicher Fachschulen, Musterwirtschaften und Versuchsstationen; Abhaltung regelmäßiger landwirtschaftlicher Unterrichtskurse; Beseitigung aller Ertrags- (Real-) Steuern (Gewerbe-, Haus-, Grundsteuern u. s. w.); Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien (selbständige Gutsbezirke, Vorrechte in Vertretungskörperschaften, Patronatsrechte, Fideikomnisse, Steuervorrechte u. s. w.); Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigentums (Staats- und Gemeindeeigentums jeder Art, Allmend u. s. w.), insbesondere Überführung des Besitzes der toten Hand (Korporations-, Stiftungs- und Kirchengüter), der Realgemeinden, der Wälder, der Wasserkräfte u. s. w. in öffentliches Eigentum unter Kontrolle der Volksvertretung, Einführung eines Vorkaufsrechts der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter; Bewirtschaftung der Staats- und Gemeindeländereien auf eigne Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern, oder soweit sich beides nicht als rationell erweist, Verpachtung an Selbstbewirtschaftler unter Aufsicht des Staats und der Gemeinde; Staatskredit an Genossenschaften, die alle Beteiligten umfassen (?), oder an einzelne Gemeinden für Feldbereinigung, Bodenmeliorationen, Entwässerung und Bewässerung, Übernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wasserläufe), sowie für Deiche und Dämme auf den Staat und das Reich; Verstaatlichung der Hypotheken und Grundschulden unter Herabsetzung des Zinsfußes auf die Höhe der Selbstkosten; Verstaatlichung der Mobiliten- und Immobilienversicherung, staatliche Hilfeleistung bei Notständen infolge verheerender Naturereignisse; unbeschränkte Aufrechterhaltung der bestehenden Waldnutzungs- und Weidrechte unter (?) Gleichberechtigung aller Gemeindeangehörigen; freies Jagdrecht auf eignem und gepachtetem Boden, Verhütung, gegebenen Falls volle Entschädigung für Wild- und Jagdschaden.“ Diesen Forderungen, die bei den „zielbewußten“ Genossen Entsetzen und bei den bürgerlichen Parteien Heiterkeit hervorgerufen haben, reißen sich dann noch andre zu Gunsten der ländlichen Arbeiter an, die dem Geiste der Partei entsprechen und daher für den entbrannten Streit nicht in Betracht kommen.

Mit einer bisher noch niemals dagewesenen Einmütigkeit haben die bürgerlichen wie die sozialdemokratischen Zeitungen erklärt, daß die Partei durch die Annahme dieses Ragouts aus radikal-demokratischen, antisemitischen, kathedersozialistischen, christlich-sozialen, bauernbündlerischen und agrarischen, zum Teil geradezu antikommunistischen Forderungen ihre Grundsätze preisgeben und aufhören würde, eine revolutionäre Lohnarbeiterpartei zu sein. Der zweite Teil des Erfurter Programms, der sich an den ersten, grundsätzlichen anschließt, beginnt mit den Worten: „Ausgehend von diesen Grundsätzen, fordert die sozialreformatorische Partei Deutschlands zunächst“ und stellt dann einige demokratische und sozialdemokratische Forderungen auf; in dieses ihr bereitete Nest hat die Agrarkommission ihr Ruckucksei gelegt, indem sie vor „zunächst“ einschaltet: „zur Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen“ und dann die oben abgedruckten Forderungen in die des alten Programms einschiebt. Rautsky schreibt darüber in dem erwähnten Artikel: „Der grundsätzliche Teil unsers Parteiprogramms erklärt, daß die Zustände in der heutigen Gesellschaft für die Masse der Bevölkerung immer unerträglicher werden, daß das Elend, der Druck, die Ausbeutung unaufhaltsam wachsen, daß nur der völlige

Umsturz der heutigen Produktionsweise wieder erträgliche Zustände schaffen kann, daß aber dieser Umsturz das Werk keiner andern Klasse sein kann, als des Proletariats. Von diesem Standpunkt aus stellen wir unsre nächsten Forderungen: wir verlangen Einrichtungen, die den Klassenkampf des Proletariats wirksamer gestalten und seine revolutionäre Kraft heben. Was thut dagegen der Vorschlag der Agrarkommission? Er löscht die Eigenart unsrer Partei völlig aus; er hebt nicht hervor, was uns von Demokraten und Sozialreformern trennt, sondern was uns mit ihnen gemein ist, und erregt dadurch den Eindruck, als wäre die Sozialdemokratie nur eine Art demokratischer Reformpartei. Wenn wir politische Freiheiten und Rechte verlangen, so thun wir dies, nach der Agrarkommission, nicht, um den Boden zu schaffen, auf dem das Proletariat sich organisiren und den Staat erobern kann, sondern »zur Demokratisirung aller öffentlichen Einrichtungen«; und wenn wir soziale Reformen verlangen, so thun wir dies nicht, um das Proletariat kampffähiger zu machen, sondern um »die bestehenden Zustände zu verbessern.« Ein ernstlichen Versuch zur Rechtfertigung der Kommission hat eigentlich nur Bebel gewagt (in Nr. 168 und 169 des Vorwärts).

Dieses Agrarprogramm ist das Ergebnis einer Verlegenheit, die unmittelbar an die Verzweiflung grenzt. Die deutsche Sozialdemokratie hat das Maß ihrer Ausdehnungsfähigkeit erreicht. Sie ist die Partei der industriellen Lohnarbeiter, und sie umfaßt beinahe alle solche Lohnarbeiter, soweit diese nicht entweder als Unterthanen von übermächtigen Industriekönigen, wie Stumm und Krupp, oder durch das Glend ihrer Lage als Lumpenproletarier, oder durch ihre Unbildung, wie die noch nicht germanisirten polnischen, von der Möglichkeit der Teilnahme an einer politischen Bewegung ausgeschlossen sind. Die so organisirten Arbeiter machen ungefähr ein Fünftel der Reichstagswähler aus, und dieses aus mittellosen, abhängigen, von der Polizei überwachten, von den Behörden und Gerichten verfolgten Leuten bestehende Fünftel hat natürlich nicht die mindeste Aussicht, jemals die Herrschaft im Reiche zu erringen und seine Ideale zu verwirklichen. Kommt diese Aussichtslosigkeit den Genossen zum Bewußtsein, dann würde übermenschliche Kraft dazu gehören, die Opfer, Gefahren und Leiden des Parteikampfs noch weiter auf sich zu nehmen, dann wird also einer nach dem andern abfallen und sich entweder mit stumpfsinniger Resignation oder mit ohnmächtiger Wut in sein Schicksal ergeben. Starke Ausdehnung binnen kürzester Frist ist also Lebensbedingung für die Partei. Wohin sich aber ausdehnen? Die Handwerker folgen immer noch „unentwegt,“ in jüngster Zeit sogar mit aufgefrischter Hoffnung, der Fünftlerfahne und sind den organisirten Lohnarbeitern überaus feindlich gesinnt. An die ländlichen Arbeiter kann die Sozialdemokratie nicht hinan, weil jeder größere Gutshof eine wohlverwahrte Burg ist. So bleiben die Bauern übrig, die nach der Versicherung der Agrarier allesamt dem Bankrott nahe sein sollen. Was man wünscht, das glaubt man leicht, und so glauben denn die Sozialdemokraten den Agrarierorganen. Die Kommission ist nun der Ansicht, man müsse die Bauern schon jetzt dadurch gewinnen, daß man ihnen Hilfe verspricht, während die Mehrheit der Genossen darin mit Recht einen Abfall von der Sozialdemokratie sieht und lieber warten will, bis die Bauern proletarisirt sein werden. Leider oder glücklicherweise werden sie darauf länger zu warten haben, als es ihre Partei aushält. Die Frage, ob denn auch wirklich die Marx'sche Geschichtskonstruktion auf den Bauernstand Anwendung finde, wird denn auch schon innerhalb der Sozialdemokratie erwogen. In Nr. 41 der Neuen Zeit verneint ein Dr. David die Frage, indem er die ökonomischen Verschiedenheiten zwischen Landwirtschaft und Industrie sehr gut dar-

legt, und Kautskys Antwort in Nr. 42 ist sehr wenig überzeugend ausgefallen. Wir gedenken den Gegenstand später einmal ausführlich zu behandeln.

Zur Kolonialpolitik. Vor einiger Zeit brachte die Kreuzzeitung einen Artikel über die Frage des Grunderwerbs in den Kolonien. Zur Regelung dieser Frage ist vom Kolonialrat ein Ausschuß eingesetzt worden.

Die Kreuzzeitung beleuchtet verschiedene Arten des Grunderwerbs, wie er in Deutsch-Südwestafrika und am Kongo geordnet ist, alles nur Varianten des augenblicklich herrschenden unbeschränkten Privatbesitzes. Hätte sich nun dieser stets als die denkbar beste und empfehlenswerteste Einrichtung erwiesen, so wäre kein Wort darüber zu verlieren. Aber die Einrichtung hat im Laufe der Jahrhunderte doch recht viele Mängel mit sich gebracht, und es ist keine müßige Frage, ob es nicht wünschenswert wäre, in den neuen Ländern auch mit einer (wenigstens für uns Deutsche) ganz neuen Einrichtung zu beginnen, mit dem englischen lease, nur mit dem Unterschiede, daß der Staat der Eigentümer von Grund und Boden bliebe.

Warum die große Eile, alles Verfügbare auf Rimmerwiedersehen an Private, Kapitalisten, Gesellschaften u. s. w. loszuschlagen? Man will schnell kolonisieren, gewiß; aber würden sich wirklich viel weniger Kolonisten melden, wenn es hieße: Der Staat verkauft nur auf hundert Jahre? Wer afrikalustig ist, fragt nicht viel darnach, was in hundert Jahren sein wird, und Kapitalisten sind gewohnt, mit Amortisationsterminen zu rechnen. Selbst wenn das Land augenblicklich billiger weggegeben werden müßte als in den benachbarten Kolonien, wo man auf ewige Zeiten kaufen kann, so verschwindet dieser kleine Nachteil doch ganz und gar gegenüber den großen Vorteilen, die das Vaterland in spätern Zeiten dadurch aus seinem Kolonialbesitz ziehen würde.

Wir wissen nicht, ob der Mehrzahl unsrer Leser die Einrichtung des englischen lease bekannt ist. Man unterscheidet in England freehold und leasehold Eigentum. Das freehold entspricht den bei uns allgemein üblichen Besitzverhältnissen: ich kaufe ein Stück Land, und es gehört mir und meinen Erben auf ewige Zeiten. Dieser Besitz ist in England verhältnismäßig in wenigen bevorzugten Händen, die ihn aufs ängstlichste bewahren. Der Verkauf eines freehold property gehört zu den Seltenheiten und pflegt, wenn es sich um einen größern Besitz handelt, stets das öffentliche Interesse zu erregen. Wollte sich jemand in England ein Haus bauen auf eignem Grund und Boden nach unsrer Auffassung, so würde er lange nach einem solchen Grund und Boden suchen müssen. Auf 99 Jahre lease dagegen verkauft ihm jeder gern ein Stück Land zu diesem Zwecke, und zwar zu ganz mäßigem Preise, denn nach 99 Jahren fällt das Grundstück mit allen Verbesserungen, allem unbeweglichen Inventar an die Erben des Verkäufers zurück. Die Vorteile des lease neigen sich sehr auf die Seite der Grundbesitzer, das unterliegt keinem Zweifel; aber die Nachteile, die dem Käufer eines lease property erwachsen, sind doch nicht derart, daß sie ihn abschrecken, denn sie sind lediglich ideeller Natur; der materielle Nutzen oder Schaden läßt sich in Mark und Pfennigen ausdrücken.

Nun vergegenwärtige man sich den Zustand in England, wenn alle diese leaseholds, anstatt an einige bevorzugte Familien, an den Staat zurückfielen. Dann gäbe es vielleicht keine Herzöge von Westminster, Bedford u. s. w. mit zehn Millionen Mark jährlicher Einnahme, aber die Steuerlast des Landes würde um diese jedes Jahr zurückfallenden Riesensummen erleichtert werden. Zu diesem großen Vorteil kommt aber noch ein andrer. Die Einrichtung des lease verhindert die

wilde Grundstückspekulation, die der Fluch unsrer Großstädte ist. Ihr verdankt London seine schönen, gesunden, weit ins Land sich dehnenden, gartenreichen Vorstädte; der bei uns herrschenden Einrichtung verdanken wir unsre unerträglichen Mietkasernen.

Nun wollen wir, wenn Käufer und Verkäufer des Bodens Privatleute sind, der englischen Einrichtung gar nicht das Wort reden; ist aber der Staat der Verkäufer, an den alles zurückfällt, so kann doch kaum ein Zweifel herrschen, daß das für das Gemeinwohl förderlich ist. Man mag über die Verstaatlichung von Grund und Boden denken, wie man will: in den Kolonien, wo der Staat der Grundbesitzer ist, sollte man dafür sorgen, daß er es auch für ewige Zeiten bleibe, und daß nicht die Grundrente in die Hände von Spekulanten und Aktiengesellschaften falle. Noch ist es Zeit!

Wenn die Vereinigten Staaten von Nordamerika bei ihrer Unabhängigkeitserklärung den Grundsatz aufgestellt hätten: „Alles Land gehört dem Staate, alle Verkäufe fallen nach hundert Jahren an den Staat zurück,“ welche Riesensummen würden jetzt nach hundert Jahren jährlich in den Staatsäckel fließen, ohne jemand zu schädigen! Denn wo jeder mit diesem Zeitabschnitt rechnet, kann doch von einer Benachteiligung des Einzelnen keine Rede sein. Wir glauben nicht, daß die Vereinigten Staaten heute weniger ackerbauende Bürger haben würden, und der Fluch des kapitalistischen Bodenerwerbs, wie er in riesiger Ausdehnung stattgefunden hat, und der Tausende von fleißigen Händen den Launen eines Großkapitalisten preisgiebt, wäre dem Lande erspart geblieben.

Unsre Kolonien sind und werden noch lange unlohnend bleiben. Man ist so bescheiden, einen unmittelbaren Nutzen überhaupt nicht von ihnen zu erwarten, sondern begnügt sich mit dem Bewußtsein, für die Zukunft ein erhöhtes Absatzgebiet für die heimischen Industrieerzeugnisse, ein Erwerbssfeld für den Überschuß der Bevölkerung gesichert zu haben. Aber ganz anders stellt sich die Sache, wenn sich der Staat seines Besitzes nur mit der erwähnten Beschränkung entäußert. Dann fallen nach Ablauf der ersten hundert Jahre alljährlich große kultivierte Länderreien zu neuem Verkauf in seine Hände zurück. Er braucht nicht ängstlich um ein oder zwei Mark für den Hektar zu schachern, braucht nicht durch gesetzliche Beschränkung der Grundstücke auf zehntausend Morgen kindliche Versuche zu machen, den kapitalistischen Bodenerwerb zu hindern.

Je schneller sich durch billigen Landerwerb die Kolonisation vollzieht, desto eher wird die Saat für die Zukunft aufgehen. Der moderne Staat ist leider nur zu geneigt, den nachkommenden Geschlechtern Schulden aufzubürden; der modernste sollte es einmal mit dem Gegenteil versuchen, d. h. seinen Kindern ein wertvolles Erbe vorbereiten.

Strafkolonien oder Gefängnisse? Tausende von Sträflingen sitzen in unserm lieben Vaterlande zwischen den Mauern eines Gefängnisses. Werden sie gebeffert? Wird ihr Sinn durch die Absperrung, durch das Verbot, zu sprechen, geändert? Kann der Mensch überhaupt durch Entziehung aller Freiheit zu einem brauchbaren Mitgliede der menschlichen Gesellschaft gemacht werden? Darauf lasse ich zunächst einen Beamten antworten, der viele Jahre im Gefängnis bei Sträflingen thätig war. Er sagt: „In unsern Strafanstalten werden die Sträflinge nicht besser, wohl aber schlechter, Strafkolonien mit Beaufsichtigung wären unendlich viel besser.“

Manchen Menschen überläuft bei dem Worte „Strafkolonien“ eine Gänsehaut,

sie hören im Geiste die Ketten rasseln, sehen in der Ferne den auf- und abgehenden Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett als Hüter abgehärmter, bleicher Gestalten, die vielleicht von der tropischen Sonne gebrüht sind. Aber Strafkolonien in dieser Form gehören der Phantasie und der Vergangenheit an. Wer das Bild einer modernen Strafkolonie haben will, lese die Berichte über die Verbrecherkolonie der Engländer auf den Andamanen, wo über 12000 mit dem Gesetzbuch in Konflikt geratene Bewohner des großen indischen Reiches untergebracht sind. Da sind allerdings so kleinliche und doch so empfindlich wirkende Gesetze wie das Verbot, zu sprechen, aus guten Gründen nicht eingeführt, sondern es ist möglichst große Freiheit gewährt. Viele Verbrecher werden in den Haushalten der Beamten beschäftigt, nach zehn Jahren guter Führung wird jedem auf Verlangen ein Stück Land, einige Morgen Wildnis überwiesen. Dort erhält er sich nicht nur selbst, sondern es wird ihm auch gestattet, sich mit einer Leidensgefährtin zu verehelichen. Unter Umständen wird ihm erlaubt, wenn er schon vor der Einlieferung verheiratet war, seine Frau nachkommen zu lassen. Und wie der eine die Feldarbeit, so wählt der andre nach guter Führung ein Handwerk, oder er wird Kaufmann, Diener, Aufseher. Alle verdienen sich ihren Unterhalt, fallen somit der Regierung nicht zur Last, und viele werden als gebessert entlassen.

Strafkolonien sind hundertmal besser als unser Gefängniswesen. Warum sollten sich keine Strafkolonien in so mancher brachliegenden Gegend einrichten lassen? Manche Heide- und Moorflächen im deutschen Reiche selbst könnten dadurch der Kultur zugeführt werden.

Der Verfasser dieser Zeilen benutzte im Sommer 1894 eine Gelegenheit zur Besichtigung des Zuchthauses zu N. in P. Dort sind etwa achthundert männliche Sträflinge untergebracht, die teilweise in großen Zimmern gemeinsam, zu zwanzig bis vierzig Mann, arbeiten, oder in Einzelhaft sitzen. Durch ein kleines Fensterchen von etwa doppelter Augengröße kann jedes Zimmer, auch jedes gemeinsame Schlafzimmer von außen besichtigt werden.

Betritt man unter Begleitung eines Führers ein Arbeitszimmer, so sieht man Cigarrenmacher, Tabaksortirer, Schuhmacher, Strumpfwirker u. s. w. unter Aufsicht bei der Arbeit. Totenstille herrscht in dem großen Zimmer, zu sprechen ist, soweit es nicht bei der Arbeit unumgänglich notwendig ist, streng verboten. Der eine Sträfling fertigt mit stumpfsinnigem Blick einen Strumpf, der andre wirkt Wutgedanken gegen die ganze Welt mit hinein. Aber das sind ja immer noch friedliche Bilder, wenigstens äußerlich.

„Sie haben doch von K. gelesen, der ausbrechen wollte. Ich werde Sie in seine Zelle führen. K. war Schauspieler, wurde fahnenflüchtig und Diebstahls wegen verurteilt.“ Mit diesen Worten führte mich der Aufseher durch eine neue Flucht von Zimmern. Fast am Ende der langen Flur war über einer Thür der Name K. zu lesen. Vom Führer aufgefordert, sehe ich durch die kleine Beobachtungsscheibe in das Zimmer. An dem kleinen aufklappbaren Tisch sitzt ein wohlgebauter junger Mann und näht Hosen; an der Langseite des kleinen Zimmers hängt eine Matratze nebst Schlafgestell. Der Führer sucht an dem großen Schlüsselbunde den betreffenden Zimmerschlüssel, und wir treten ein. Außer dem ängstlichen Blick und dem bleichen Gesicht fielen mir an dem Manne Würgstreifen am Halse und blau unterlaufne und wundte Flecke an den Handgelenken auf. Außerhalb der Zelle teilte der Führer dann auf Befragen mit, daß K. wegen versuchten Ausbruchs geächtigt worden sei, daß er sich später in seiner Zelle habe erhängen wollen, und daß die wunden Stellen am Handgelenk von den Handschellen her-

rührten, die ihm allnächtlich angelegt würden und wohl nicht allzu bequem sitzen würden. „A. hat, so erzählte der Führer weiter, von der Konferenz, die aus den Oberbeamten, dem Pastor und dem Lehrer besteht, dreißig Hiebe zudiktirt bekommen, nach eingegangnem Bericht an die Oberbehörde noch dreißig Hiebe Verschärfung erhalten, also im ganzen sechzig Hiebe. Die Hiebe werden von einem kräftigen Aufseher mit dem Kantschu — einer etwa anderthalb Meter langen und anderthalb Centimeter dicken, aus Lederstreifen geflochtenen Peitsche mit kurzem, hölzernem Stiel — auf das Gefäß erteilt, nachdem der Sträfling in vornübergebeugter Stellung an den Füßen, über den Rücken, an dem Nacken und an den Handgelenken mit Riemen auf den »Bock« fest geschnürt ist und vorher eine Hose von dünnem Leinenstoff angezogen hat. Der Bock ist ein tischartiges Gestell, das je nach der Größe des Sträflings höher oder niedriger gestellt werden kann, und statt der hölzernen Platte mit starkem Leder überzogen ist, das an der Stelle, wo der Leib aufliegt, nach unten gebogen oder abgerundet ist. Bei der Vollziehung der Strafe tritt bereits nach dem fünften kräftigen Hiebe das Blut hervor. . . .“

Ich hatte genug von der Erziehungsmethode der Anstalt gehört und sehnte mich, nachdem ich die beiden Marterwerkzeuge, Bock und Kantschu, in Augenschein genommen hatte, wieder nach frischer Luft und Sonnenschein.

Wer will es leugnen, daß alles Lebende nur in Freiheit gedeihen kann? Einen wild und verkehrt wachsenden Baum kann man wohl beschneiden, aber ihm die Freiheit, ihm Luft und Sonnenschein nehmen, heißt, ihn töten. Mit dem Menschen ist es nicht anders. Durch körperliche Züchtigung, durch barbarische Mittel wird kein erwachsener Mensch innerlich gebessert, höchstens kann man ihm sflavische Furcht einjagen.

Aber die Zeitungen vom 1. Januar 1895 berichteten: Die Berliner Gefängnisse sind schon wieder einmal überfüllt, und die Überführung von Gefangnen aus Berlin in die Provinz hat von neuem begonnen.

Bädernachrichten. 1. Aus Heiligendamm. Beim gestrigen Taubenschießen errang Prinz Max zu Hohenlohe-Dehringen den von Sr. K. H. gestifteten Ehrenpreis, bestehend in einer Krystall-Sektaraffe mit Goldfassung. Am Preis-schießen nahmen teil: Graf Tschirschky-Menard, Graf Hahn-Basjedow, Herr v. Thiele-Winkler-Vollrathsrube, Prinz Max zu Hohenlohe, Herr v. Langen. Einsatz 30 M. 6 Tauben. (Mecklenburger Nachrichten, 4. August.) Frische geschossene Tauben empfiehlt à Stück 30 Pfg. Ed. Neuß, Steinstraße 4. Geschossene Tauben per Stück 30 Pfg. E. Wendt & Co. (Postocker Zeitung, 5. August.) — 2. Aus Ostende. Wollen Sie inmitten einer feinen Gesellschaft Zerstreuung suchen, wie man solche selten antrifft, so brauchen Sie nur nach Ostende, der reizenden Badestadt Belgiens, zu gehen. Sie finden daselbst alle möglichen Attraktionen, selbst diejenigen wie in Monte-Carlo, die durch den Cercle du Kursaal offerirt werden. Derselbe ist unter die hohe Aufsicht des Gemeinderats gestellt und wird jeden Abend durch die zahlreichen Mitglieder stark besucht, die sich von den Ermüdungen eines im freien zugebrachten Tages in dessen eleganten Salons auszurufen wünschen. Die Stunden fließen daselbst rasch dahin und wenn zuweilen bei Tagesanbruch (!) geschlossen wird, zieht sich die Menge mit Bedauern zurück und jedermann giebt sich Rendezvous für den kommenden Tag. (Dresdner Journal, 9. August.)

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig